



www.friedensregion-bodensee.de

Friedensregion Bodensee e.V.

NEWSLETTER

Weiterleitung erwünscht!

Nr. 24 / März 2022

Liebe Newsletter-Leser*innen,

beginnen möchte ich mit einem Beispiel-satz, der zwar faktisch wahr ist, den wir aber kaum als sachlich richtig bezeichnen würden: *Weil ein Chinese eine Fledermaus gegessen hat, darf ein Serbe in Australien nicht Tennis spielen.* Doch bei näherer Betrachtung müssen wir zugeben, dass diese Aussage weder Unfug noch Nonsens darstellt und durchaus als gutes Beispiel herangezogen werden kann, wie sich das „große Ganze“ umschreiben lässt. Wir wissen zwar, dass wir an einem Kipppunkt stehen, den uns die Systemwissenschaft auch mathematisch beweisen könnte, und trotzdem sind wir nicht in der Lage, die so dringend erforderliche Wendezeit einzuläuten. Dabei wird gerne übersehen, dass wir für eine nachhaltige Zukunft keineswegs dann schon sorgen, wenn wir vernünftige und nachhaltige Entscheidungen treffen, die die „Welt draußen“ ein bisschen besser machen (sollen). Trösten wir uns häufig damit, dass die „Anderen“ eigentlich verantwortlich sind?! Wer so denkt, kann auf jeden Fall noch dazulernen. Vielleicht haben wir auch vergessen, für uns zu sorgen und uns mit unseren Wünschen, Hoffnungen und Gefühlen zu beschäftigen?! Möglicherweise haben wir zudem verlernt, uns gegenseitig zu stärken?! Wenn wir das aber nicht (mehr) tun, wird es uns kaum gelingen, selbst genügend Resilienz zu entwickeln. Aus meiner Sicht sind solche notwendigen Resilienz-Stärkungen insbesondere unter

Gleichaltrigen sinnvoll, weil die Erfahrungen von Menschen immer auch von entsprechenden gesellschaftspolitischen Ereignissen beeinflusst werden und Kinder selten identische Lebensbedingungen wie ihre Eltern vorfinden.

Der weit verbreiteten Resignation angesichts drohender Kriegs- und Untergangsszenarien können wir einerseits durch Friedensbildung aktiv entgegenwirken und andererseits, indem wir uns für den „Blick über den Tellerrand“ entscheiden. Wer für sich und seine Lieben nachhaltige und zukunftsfähige Lebenszusammenhänge schaffen möchte, muß auch zur Kenntnis nehmen, dass sich die entsprechenden Bedingungen dafür bei Männern, Frauen und Anderen – in Abhängigkeit von der spezifischen Sozialisation – individuell gravierend unterscheiden. Die Zukunft kann nur dann besser werden, wenn jede*r Einzelne sich im Alltag bemüht, auf sein/ihr Gegenüber offen und vorurteilsfrei einzugehen. Das gelingt nicht immer, weil wir uns offensichtlich zu wenig mit den individuellen Fallstricken und Hindernissen des Alltags beschäftigen. Mögen Sie in diesem Newsletter entsprechende aktuelle Hinweise dazu finden. Für Rückfragen und Kritik stehe ich gerne zur Verfügung!

Beste Grüße
Ihre Martina Knappert-Hiese

INHALT

Zum Newsletter Nr. 24	1
Schöpfungspreis geht an die Ausstellung FRIEDENSKLIMA!	2
Friedensregion Bodensee e.V. ist Partnerorganisation der Service-stelle Friedensbildung	3
Klima, Frieden, Recht: Klimaschutz als oberstes Völkerrecht?	4
Tragen die Krisen unserer Gegenwart ein geschlechtsspezifisches Gesicht?	5
Friedensmosaikstein XI: Gewaltfreies Handeln in einem Machtfeld	7
Kolumne: Vivienne Waldrapp zwitschert	9
Überlegungen zum Koalitions-vertrag unserer Regierung	10
Die konkrete Utopie der Menschenrechte	11
Wie geht Frieden?	13
Aktuelles	14
Termine	16
Friedens- und Kriegstage im Ablauf des Jahres	17
Impressum	18

Setzt von Gründonnerstag bis Ostermontag **FRIEDENSZEICHEN ...** zeigt Eure Friedensfahnen!



Schöpfungspreis des Bistums Augsburg geht an die Ausstellung FRIEDENSKLIMA!

von Martina Knappert-Hiese

Zum dritten Mal hat die Jury um den Augsburger Bischof Dr. Bertram Meier den Schöpfungspreis des Bistums verliehen, mit dem unser herausragendes Engagement zum Wohle der Natur und Umwelt prämiert wurde. Bischof Meier gehörte zu den Besuchern der Gartenschau und bekam auch eine Führung durch die Ausstellung FRIEDENSKLIMA! Die Ausstellung ist in der Kategorie „Verbände, Vereine, Sonstiges“ ausgezeichnet worden, dass sie einerseits über den gesamten Zeitraum von Ende Mai bis Mitte Oktober von einem Netzwerk Ehrenamtlicher betreut wurde. Andererseits stelle sie ein gelungenes Beispiel für die notwendige politisch-ökologische Bewusstseinsbildung dar, wofür die UN-Nachhaltigkeitsziele die verbindende Basis schaffen, die auf dem Friedensareal der Gartenschau um die Themen Kindersoldaten, Gewaltfreiheit und Geschlechtergerechtigkeit erweitert wurden. Bischof Meier würdigte die gelungene Organisation und Durchführung! Beides habe den Erkenntnis- und Lernprozess bei einem breiten Publikum unterstützt, dass sich die Themen Klima, Frieden und Gerechtigkeit gegenseitig bedingen und eben nicht getrennt voneinander gelöst werden könnten. Der Schöpfungspreis ist mit € 1000,- dotiert und prämiert neben dem inhaltlichen Bildungsaspekt insbesondere die gelungene Zusammenarbeit aller Beteiligten. Wir freuen uns, dass sich sowohl der Ausstellungserfolg als auch die Preisverleihung auf unser gemeinschaftliches Tun zurückführen lassen! U.A. berichtete die Lindauer Zeitung: https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-lindau/lindau_artikel,-ein-gutes-klima-fuer-den-frieden-schaffen-_arid,11459800.html

Bei folgenden Links bitte zur 4. Kategorie runterscrollen: https://bistum-augsburg.de/Nachrichten/Sieger-bei-Online-Preisverleihung-gekuert_id_0 und <https://www.br.de/nachrichten/bayern/schoepfungspreis-bistum-augsburg-belohnt-einsatz-fuer-die-umwelt,SufboqM>



Wir als Friedensregion Bodensee möchten den Ausstellungserfolg des Gemeinschaftsprojekts mit dem Museum Friedensräume natürlich weiter für unsere Aktivitäten nutzen und damit den wichtigen Bereich

der Friedens- und Umweltbildung stärken. Dass die Ausstellung FRIEDENSKLIMA! insbesondere für Schulen von großem Interesse ist, haben unsere Gespräche mit Ausstellungsbesucher*innen unterstrichen. Die Ausstellung wird bereits im Landkreis Lindau gezeigt, wie z.B. im Rahmen der bayerischen schulischen Nachhaltigkeitstage am Lindauer Bodensee-Gymnasium und auch in Lindenberg. Weitere Anfragen kamen aus Heidelberg, Mannheim, Bregenz und Graubünden. Mit der Würdigung durch den Schöpfungspreis wird es einfacher, Kontakt zu Lehrer*innen zu knüpfen, um in entsprechenden Klassen den Zusammenhang von Frieden und Klima zu präsentieren und zu diskutieren. Gespräche mit Verantwortlichen eines Friedrichshafener Gymnasiums haben ergeben, dass das fächerübergreifende Thema der Ausstellung FRIEDENSKLIMA! auch im Chemie- und Physikunterricht von Interesse ist. Falls Sie Lehrer*innen kennen, die diese beiden naturwissenschaftlichen Fächer oder aber Gemeinschaftskunde, Ethik u.Ä. unterrichten, sprechen Sie sie doch gerne auf die erfolgreiche Ausstellung an.



Thurgauer Schüler*innen zu Besuch der Ausstellung FRIEDENSKLIMA!

Friedensregion Bodensee e.V. ist 18. Partnerorganisation der Servicestelle Friedensbildung

von Martina Knappert-Hiese

Mit der Unterschrift der „**Gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung an Baden-Württembergischen Schulen**“ darf sich unser Verein als 18. Mitglied offiziell als Partnerorganisation des Netzwerks Friedensbildung zählen. Im Oktober 2014 wurde diese Erklärung von 17 zivilgesellschaftlichen Gruppen und dem Kultusministerium erstmals unterzeichnet, damit der Verfassungsauftrag zur Friedensbildung an den Schulen, in der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung Baden-Württembergs besser umgesetzt werden kann. Friedensbildung ist als ein Teil der politischen Bildung zu verstehen und damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Im Schulunterricht wie auch in der politischen Bildung gilt der sogenannte „**Beutelsbacher Konsens**“ als wichtigste Richtlinie dafür, was (Friedens-)Bildung erreichen kann und soll. Er basiert auf drei Leitgedanken, die im Folgenden wiedergegeben werden, weil sie auch für unsere Vereinsaktivitäten hilfreich und sinnvoll erscheinen.

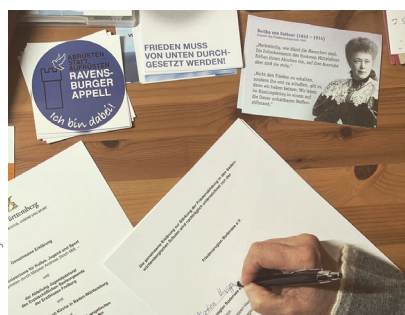


Foto: Benjamin Hiese

1.) **Überwältigungsverbot:** Anstatt zu indoktrinieren sollte (Friedens-)Bildung politisch aufklären

2.) **Kontroversitätsgebot:** Was in Politik und Wissenschaft kontrovers ist, muss kontrovers diskutiert werden

3.) **Schüler*innen- bzw. Interessent*innen-Orientierung:** Mitglieder dieser beiden Gruppen müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und die eigenen Interessenlagen zu analysieren.

Daran knüpft die „Gemeinsamen Erklärung“ an, mit der sich das Kultusministerium und die Unterzeichnerorganisationen verpflichtet haben, Artikel 12 der Landesverfassung bei der Aufstellung von neuen Bildungsplänen zu berücksichtigen und darauf hinzuwirken, dass friedenspolitische Bildungsinhalte fächerübergreifend vermittelt werden. Insgesamt soll die Infrastruktur für Friedensbildung verbessert und ausgebaut werden. So heißt es im Verfassungstext: „Die Jugend ist [...] zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe und [...] [zu] politischer Verantwortlichkeit [...] zu erziehen.“

Als ein erstes Ergebnis dieser „Gemeinsamen Erklärung“ wurde im April 2014 die **Servicestelle Friedensbildung** im „Haus auf der Alb“ in Bad Urach eingerichtet. Sie ist Teil der Landeszentrale für politische Bildung und stellt allen Lehrpersonen umfangreiche Materialien zur Verfügung. Zudem berät sie diese zu Themen der Friedensbildung, hilft bei der didaktischen Vorbereitung des Unterrichts und unterstützt die konkrete Umsetzung von Unterrichtseinheiten oder Projekttagen. Im Haus auf der Alb findet zudem eine Vernetzung unterschiedlicher Akteur*innen statt, sowie auch die Vermittlung von qualifizierten Referent*innen und Ansprechpersonen für bestimmte Fachthemen. Darüber hinaus gibt es Fortbildungsangebote für Lehrer*innen und Qualifizierungsveranstaltungen für freie Mitarbeiter*innen, auch lassen sich Informationen zu den Veranstaltungen und Angeboten der Netzwerkpartner*innen erfragen. Dabei wird der Zugang zu Unterrichtsmaterialien sowie zu Materialien von Dritten prinzipiell erleichtert; Basis- und Hintergrundinformationen werden ebenfalls bereitgehalten. Als Träger der Servicestelle sind neben dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport die Landeszentrale für politische Bildung und die Berghof Foundation zu nennen. Als Unterzeichnerorganisation stellt die Friedensregion Bodensee ein Mitglied des Beirats der Servicestelle. Anlässlich der letzten Beiratssitzung hätte die „Gemeinsame Erklärung“ von mir im Rahmen eines kleinen Festaktes in den Räumen des Kultusministeriums unterzeichnet werden sollen. Als Vertreterin der Friedensregion Bodensee konnte ich die 18. Unterzeichnung Corona bedingt dann jedoch am eigenen Schreibtisch leisten, wie Sie auf dem Foto sehen! Zur Pressemitteilung des Kultusministeriums gelangen Sie mit folgendem Link: <https://km-bw.de/.Lde/9681087>



Haus auf der Alb (Foto: Gerd Jütten)



Klima, Frieden, Recht: Klimaschutz als oberstes Völkerrecht?

von Benjamin Hiese

Am Abend des 14. Januar 2022 fand die von der NatWiss-Initiative organisierte Online-Veranstaltung „Klima, Frieden, Recht: Klimaschutz als oberstes Völkerrecht?“ statt. Bei der NatWiss-Initiative handelt es um einen Zusammenschluss von NaturwissenschaftlerInnen, die sich auf Grundlage ihrer spezifischen professionellen Kompetenzen für eine Welt ohne Krieg und Gewalt einsetzen und hierzu an der Schnittstelle von Zivilgesellschaft und Wissenschaft arbeiten.

Wie sich bereits aus dem Titel ableiten lässt, drehte sich die Veranstaltung um den Zusammenhang von Klima, Frieden und Recht. Der Schwerpunkt lag dabei deutlich auf aktuellen Rechtsfragen zum Thema Klimaschutz; mit einem besonderen Augenmerk auf dem Völkerrecht.

Nach einer kurzen Begrüßung und Vorstellung der NatWiss-Initiative eröffnete Prof. Dr. Jürgen Scheffran von der Universität Hamburg die Veranstaltung mit seinem Vortrag unter dem Titel „Klimaklagen, nachhaltiger Frieden und Gerechtigkeit mit zukünftigen Generationen“. In diesem stellte er beispielhaft einige Klagen der jüngeren Vergangenheit dar, die häufig unter dem Stichwort „Klimaklagen“ zusammengefasst werden. Er nannte prominente Beispiele wie das in den Niederlanden ergangene Urteil gegen den Shell-Konzern, oder die erfolgreichen Verfassungsbeschwerden vor dem Bundesverfassungsgericht („Klimaschutz-Urteil“), aber auch weniger bekannte Fälle, wie eine Klage peruanischer Bauern gegen den RWE-Konzern vor dem Oberlandesgericht Hamm. Darüber hinaus berichtete Dr. Scheffran von zwei anhaltenden Bestrebungen auf Ebene des Völkerrechts. Zum einen den Versuch, den sog. „Ökozid“ im Völkerstrafrecht als Straftatbestand festzuschreiben und zum anderen die Diskussion, Klimaschutz als „ius cogens“ im Völkerrecht zu etablieren. Unter ius cogens versteht man dabei eine zwingende Norm des Völkerrechts, gegen welche etwa völkerrechtliche Verträge nicht verstoßen dürfen.

Nach dieser Übersicht über das bisher Erreichte und aktuelle Entwicklungen widmete sich Prof. Dr. Claudio Franzius von der Universität Bremen in seinem Vortrag „Die Zukunft des Klimavölkerrechts“ den kommenden Herausforderungen. In diesem setzte er sich kritisch mit den Bestrebungen auseinander, den Klimaschutz

allein auf völkerrechtlicher Ebene voranzutreiben. Er plädierte stattdessen für eine „Wiederentdeckung der nationalen Ebene“ – die aber keineswegs mit einer Rückkehr in gewohnte Strukturen verwechselt werden dürfte. Dies erläuterte Dr. Franzius am Beispiel der internationalen Übereinkünfte zum Klimaschutz: Diesen nahmen ihren Ausgangspunkt 1997 im Kyoto-Protokoll. In diesem wurden verbindliche Zielwerte für den Ausstoß von CO₂ festge-

schrieben. Im Falle der Nichteinhaltung standen Sanktionsmittel zur Verfügung. Die Konsequenz hiervon war jedoch, dass etwa die USA das Protokoll gar nicht erst ratifizierten und Kanada später austrat. Die Verbindlichkeit der Vereinbarung war dann schließlich auch der Grund dafür, dass die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 scheiterte. Erst mit dem Übereinkommen von Paris im Jahr 2015 erzielte die internationale Staatengemeinschaft (nahezu vollständig) wieder einen Konsens. Dieses Übereinkommen beinhaltet aber im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll keine Verbindlichkeit für die

Staaten, sondern lediglich Zielvorgaben. Im Falle der Nichteinhaltung stehen keine völkerrechtlichen Sanktionsmittel mehr zur Verfügung. Nach Dr. Franzius ist dies aber keinesfalls ein Rückschritt. Vielmehr liege die Überwachung der tatsächlichen Einhaltung des Übereinkommens nun bei der Weltbevölkerung. Und eine rechtliche Überprüfung der Einhaltung könne auf nationaler Ebene erfolgen, wie die erfolgreichen Verfassungsbeschwerden in Deutschland zeigen würden. Außerdem könnten die erforderlichen Maßnahmen zum Klimaschutz nur auf nationaler Ebene legitimiert werden. Eine „Hochzonung“ auf die völkerrechtliche Ebene werde das Problem nicht lösen.

Wer sich näher mit der Arbeit von NatWiss beschäftigen, oder sich die Vorträge mit der anschließenden Diskussionsrunde in voller Länge anschauen und anhören möchte, kann dies unter <http://natwiss.de> und auf <https://www.youtube.com/watch?v=xK2Rth-jhEk> tun.

Der Verfasser dieses Newsletter-Beitrags hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Jura studiert, in Dresden sein Referendariat absolviert und das Zweite Juristische Staatsexamen abgelegt.

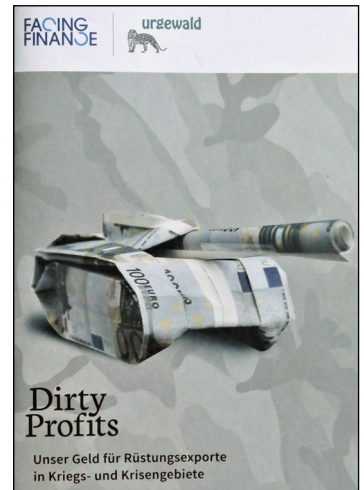
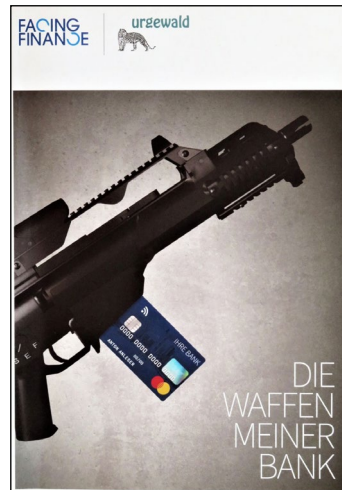


Tragen die Krisen unserer Gegenwart ein geschlechtsspezifisches Gesicht?

von Martina Knappert-Hiese

Die gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind zweifelsfrei als immens zu bezeichnen und bedürfen sowohl individueller als auch kollektiver, gesamtgesellschaftlicher Lösungsstrategien. Die Forderungen der Friedensbewegung haben sich seit den 80er Jahren nicht wesentlich verändert, sind höchstens um Fragen nach der Verringerung des CO₂-Ausstoßes und der daraus resultierenden Erderwärmung ergänzt und damit dringlicher als je zuvor geworden. Deshalb konnte unser Verein den thematischen und faktischen Zusammenhang von Frieden und Klima im letzten Sommer mit der Ausstellung FRIEDENSKLIMA! so erfolgreich präsentieren, dass ihm aktuell der Schöpfungspreis des Bistums Augsburg verliehen wurde. In diesem Beitrag möchte ich die globale Perspektive mit einer Sichtweise vervollständigen, die sich explizit auf das Individuum und seine Körperlichkeit bezieht und in friedenspolitischen Diskussionen häufig als nebensächlich gilt. Gemeint ist die unterschiedliche Rolle von Menschen weiblicher, männlicher u.a. Geschlechtszugehörigkeit, die mit dem Individuum und seinen spezifischen subjektiven Erfahrungen sowie den verschiedenen Entwicklungseinflüssen zusammenhängt. Darüber hinaus haben aber auch kulturelle, gesellschaftliche und politische Einflüsse auf die menschliche Entwicklung eine nicht unerhebliche Bedeutung, die es bei der Umsetzung friedenspolitischer Ziele zu bedenken gilt.

Es steht außer Frage, dass die Leidtragenden der unzureichenden friedensklimatischen Politik der reichen Industrieländer im globalen Süden leben, aus dem dann Menschen fliehen, um in Europa vor den lebensbedrohlichen Folgen Schutz zu suchen. Der besonderen Bedeutung von Frauen in der Gruppe der Geflüchteten hat der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg im letzten Jahr explizit seinen dritten Rundbrief gewidmet, die Zeitschrift für Mitglieder und Interessierte. Und auch Greenpeace hat in seinem Magazin 6.21 unter dem Titel „Yes She Can“ den weltweiten Einsatz von Frauen für „Klima, Umwelt und Gerechtigkeit“ thematisiert und sich somit ebenfalls dem Problemzusammenhang unserer Ausstellung FRIEDENSKLIMA! angenähert. Die renommierte Fachzeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ hat zudem anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Frauennetzwerkes für Frieden e.V., das wir als Verein unterstützen, ein extra Dossier herausgegeben. Es trägt den Titel „Gender, Frauen und Friedensengagement“ und lässt sich beispielhaft dafür heranziehen, dass bestimmte Strömungen des Feminismus als eine fundierte Kritik der kapitalistischen Ökonomie und ihrer Spielarten in modernen Gesellschaften zu diskutieren sind.



Für die Auflösung der problematischen Verbindung von friedens- und klimapolitischen Fragestellungen ist eine notwendige Beschäftigung mit Sachverhalten des globalen Kapitalismus deshalb zwingend erforderlich und geboten! Es wird gerne vergessen, dass er uns seine zerstörerische Fratze gegenwärtig nur zeigen kann, weil er die Ausbeutung der Natur genauso wie die des weiblichen Körpers jahrhundertlang voraussetzungslos seiner volkswirtschaftlichen Akkumulation unterwarf. Historiker sprechen im Zusammenhang des europäischen Imperialismus und der darauf folgenden Industrialisierung durchaus vom Phänomen der Menschenproduktion, die für kriegerische Expansionen Europäischer Herrscherhäuser notwendig war. Interessanterweise ging schon Friedrich Engels solchen Überlegungen nach, nämlich in seiner Schrift „Vom Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“. Heute unterstützt letztlich auch die NATO mit ihrer Forderung, Mitglieder sollten 3 % ihres BIP für den Rüstungsetat reservieren, die oben skizzierte kapitalistische Akkumulationslogik. Angesichts der vielschichtigen gesellschaftlichen Gegebenheiten wird schnell übersehen, dass die Herausforderungen gegenwärtiger Krisen auch in der bundesdeutschen Gesellschaft Männer und Frauen ganz unterschiedlich betreffen.





Was bedeutet das nun für unser Engagement in der Friedens- und Abrüstungspolitik? Dazu ein Zitat der Schriftstellerin Flora Tristan, die schon vor 200 deutlich machte, was viele Frauen bis heute vermissen und worüber sich viele Männer meistens gar keine Gedanken machen: „Die grundsätzliche Gleichheit von Mann und Frau ist der einzige Weg, der zur Einigkeit der Menschen

führen kann.“ Gibt es dazu Fakten, die Tristans Annahme verifizieren? Um die Frage beantworten zu können, beziehe ich mich auf Gerald Hüther und sein Büchlein „Männer. Das schwache Geschlecht und sein Gehirn“, dessen Lektüre ich sehr empfehlen kann. Es befasst sich mit den Einflüssen unserer Kultur bzw. den kulturellen Vorstellungen von Männlichkeit auf Jungen und Heranwachsende. Hüther kommt auf der Basis seiner Fachkenntnisse zu der Schlussfolgerung, dass männliche Kinder durch die unbewussten Einstellungen ihrer Mütter und Väter genauso wie durch gesellschaftliche Institutionen in ihrer Entwicklung eher negativ beeinflusst anstatt positiv gefördert werden. Und Horst Eberhard Richter hat als „großer alter Mann“ der bundesdeutschen Friedensbewegung wenige Jahre vor seinem Tod 2011 noch das lesenswerte Buch „Die Krise der Männlichkeit in der unerwachsenen Gesellschaft“ herausgegeben, das so manchem Aktiven in der Friedensbewegung als sinnvolle Lektüre zu empfehlen wäre. Darin beschreibt Richter ebenfalls die kulturellen Einflüsse und Auswirkungen, die Männer an der Herausbildung eines gesunden wertschätzenden Selbstbildes behindern. Diese beiden Bücher lassen sich beispielhaft dafür lesen, dass

die Ziele der Friedensbewegung über die Kritik an ungenügenden politischen Programmen hinausgehen müssen. In den Blick der Friedenspolitik sind zukünftig ebenso die Veränderungen zu nehmen, die i.d.R. in der Kategorie „privat“ bzw. „subjektiv“ verortet oder als nebensächlich und „typisch weiblich“ verunglimpft werden.

Unsere aktuelle Gegenwart lässt sich insbesondere durch einen Verlust emotionaler Kompetenzen charakterisieren, von dem wir alle mehr oder weniger betroffen sind. Dass sich dieser Verlust auf konkrete Ereignisse zurückführen lässt, hat die in jüngerer Vergangenheit aufgekommenen Diskussion um das Schicksal der Kriegskinder und -enkel verdeutlicht. Wer sich davon angesprochen und zur Selbstreflexion animiert fühlte, der dürfte bereits von einem spezifischen Leidensdruck aufgerüttelt worden sein. Dabei ist zu bedenken, dass selbst vielen Ärzten und Therapeuten die Wirkung transgenerationaler Traumata oftmals gänzlich unbekannt ist. Was die (Un-)Sichtbarkeit dieser Problematik betrifft, so ist sie wohl mit den im Verborgenen wirkenden Unterschieden von Männern und Frauen und der noch nicht erreichten Geschlechtergerechtigkeit vergleichbar. Es bleibt zu hoffen, dass friedenspädagogische Bildungsangebote über kurz oder lang auch die aus biologischen Unterschieden resultierenden Konflikte zu überwinden helfen. Mit Annalena Baerbock und Jennifer Morgan, die als ehemalige Greenpeace-Aktivistin ins Außenministerium geholt wurde, sollten wir von der deutschen Außenpolitik zukünftig hoffnungsvolle Veränderungen erwarten dürfen.



Ostermontag, 18. April 2022

Internationaler
Bodensee-
Friedensweg in Bregenz
www.bodensee-friedensweg.org





Friedensmosaikstein XI: Gewaltfreies Handeln in einem Machtfeld

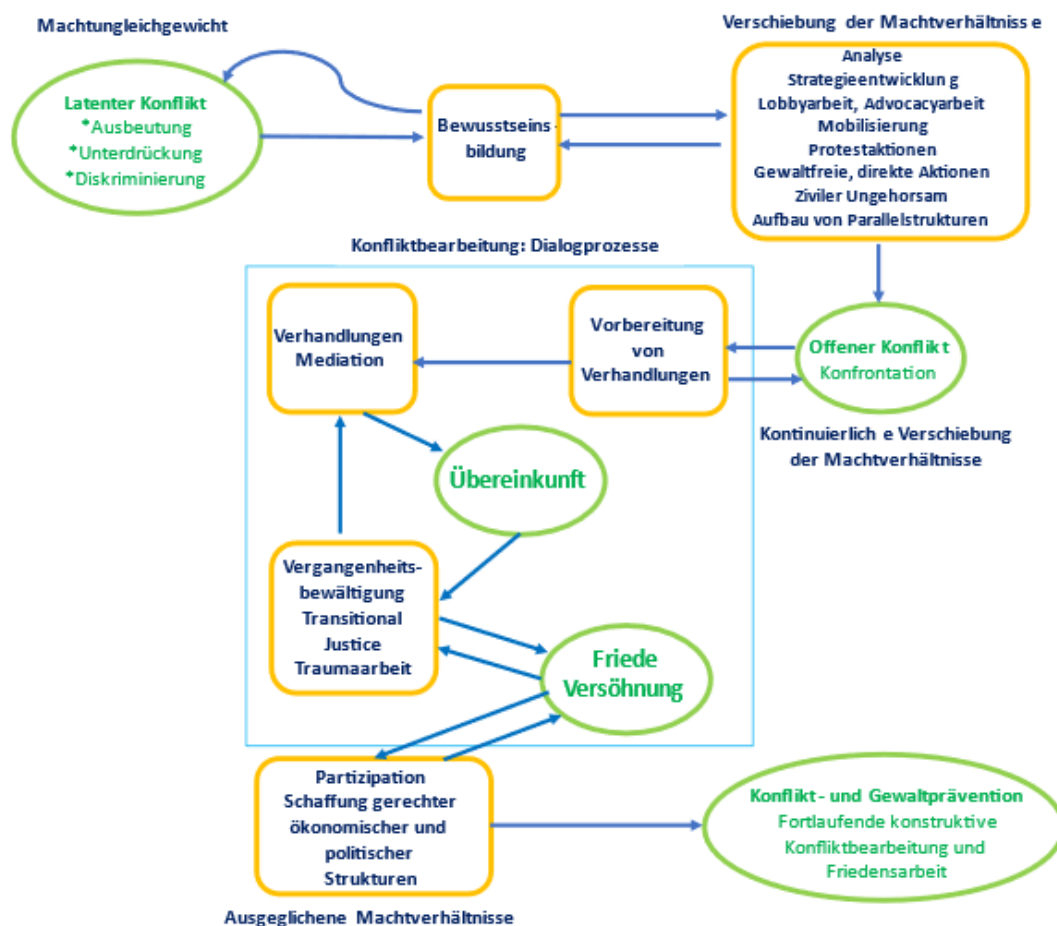
von Brigitte L. Ehrlich

Ende dieses Jahres werden die letzten drei Atomkraftwerke auf deutschem Boden stillgelegt. Wie kam es zu diesem Erfolg für die Anti-Atomkraft-Bewegung? Haben besorgte Bürgerinnen und Bürger mit Regierungsstellen und Betreiber-Unternehmen Dialoge geführt? Haben sich diese Gesprächspartner rasch einsichtig gezeigt? Gab es Konfliktmedationen, die einen konsensualen Atomausstieg zum Ergebnis hatten? Wir wissen, dass der Konfliktaustrag um die Atomkraft ein anderer war. Ja, es gab Dialoge, aber erst zu einem Zeitpunkt, als ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen den Bau und Weiterbetrieb von Atomkraftwerken vielfältig aktiv geworden war: Es hatte Demonstrationen, Platzbesetzungen, Mahnwachen, Unterschriftenaktionen u.v.a. mehr gegeben. Die Partei Die Grünen hatte sich formiert, und wir mussten die Katastrophen u. a. von Tschernobyl und Fukushima erleiden.

Die in den vorherigen Friedensmosaiksteinen besprochenen Dialogprozesse können - vor allem im politischen Raum - meist nicht

unmittelbar initiiert werden. Alles soziale Handeln geschieht in einem Machtfeld. Warum sollten Mächtige wie Konzerne und Regierungen mit deutlich Machtschwächeren verhandeln? Sie werden dazu so lange nicht bereit sein, bis sich für sie ernsthafte Konsequenzen aus der Dialogunwilligkeit ergeben könnten. Bevor nicht alle Konflikt-Beteiligten mit einem gewissen Maß an Macht ausgestattet sind, werden sich die Machtstärkeren nicht auf ernsthafte Verhandlungen einlassen. Um Dialogbereitschaft zu erreichen, müssen die Machtschwächeren sich ermächtigen oder ggf. empower werden. Dazu kann eine kontrollierte Konflikteskalation notwendig werden, um einen Konflikt überhaupt bearbeitbar zu machen. Diana Francis hat ein Pfad-Modell¹ entwickelt, dem öffentliche Konflikte zwischen sozialen Bewegungen und machstarken Akteuren meist folgen:

Um einen Konflikt bearbeiten zu können, ist in manchen Fällen eine kontrollierte Konflikteskalation notwendig.





Soziale Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung werden immer erlitten, haben immer reale leidvolle Auswirkungen für die Betroffenen. Um jedoch Unrechtssituationen überwinden zu können, bedarf es des Bewusstseins darüber, dass Unrecht besteht, welche Akteure, Strukturen und Prozesse Leid verursachen. Es sind Bewusstseinsbildungsprozesse nötig sowohl bei den direkt von Leid Betroffenen als auch in der allgemeinen Öffentlichkeit. Die Anti-Atomkraft-Bewegung musste zunächst ein öffentliches Bewusstsein über die Risiken der Atomenergie schaffen und dazu Informations- und Aufklärungskampagnen initiieren, Medien- und Überzeugungsarbeit leisten. Erst wenn ein ausreichendes Problembewusstsein in der Öffentlichkeit vorhanden ist, können AktivistInnen in die Mobilisierungsphase eintreten und Proteste und Aktionen organisieren, um so den bislang latenten Konflikt in einen offenen Konflikt zu überführen. Proteste und Demonstrationen alleine sind jedoch meist nicht ausreichend, um leidvolle Zustände tatsächlich zu verändern. Hierzu bedarf es einer Verschiebung der Machtverhältnisse. Parteien und Regierende müssen den Verlust von Wählerstimmen und Unternehmen Imageschäden sowie Gewinneinbußen fürchten. Enthüllungsjournalismus, Streiks, direkte gewaltfreie Aktionen bis hin zu zivilem Ungehorsam, Boykottkampagnen und - im Extremfall - Generalstreik ermöglichen eine Verschiebung der Machtverhältnisse. Erst dann ist es möglich und sinnvoll, in Dialogprozesse einzutreten und neue Problemlösungen und Strukturen zu verhandeln.

Gewaltfreies Handeln ist dadurch gekennzeichnet, dass es nicht nur gegen bestimmte Verhältnisse protestiert, sondern gleichzeitig Alternativen aufzeigt. Von Beginn an experimentierten Gegner der Atomkraft mit alternativer Energiegewinnung. Zunächst waren es alternative „Freaks“, die kleine Modellprojekte schufen („funktionale Demonstration“), dann maßen sich normale Bürgersleute an, ins Energiegeschäft einzusteigen und auf dem Markt atomfreien Strom anzubieten, wie es die „Schönauer Stromrebell“ taten („legale Rolleninnovation“). Hierzu bedurfte es gesetzliche wie technische Strukturen zur Stromeinspeisung ins öffentliche Versorgungsnetz, die die grüne Regierungsbeteiligung ermöglichte. Mit der Schaffung von Handlungsalternativen muss die Erringung politischer Macht Hand in Hand gehen (Phase der „zivilen Usurpation“). Schließlich kam es – auch befeuert von katastrophalen Atomunfällen – zu groß angelegten Verhandlungsprozessen, die den Atomausstieg und schließlich den völligen Umstieg auf erneuerbare Energien zum Ergebnis hatten.

Theodor Ebert fasst die kontrollierte Eskalation gewaltfreier Aktionen in einem Schema³ zusammen:

Eskalationsstufe	Subversive Aktion	Konstruktive Aktion
1	Protest	Funktionale Demonstration
2	Legale Nichtzusammenarbeit	Legale Rolleninnovation
3	Ziviler Ungehorsam	Zivile Usurpation

Gewaltfreie Konflikttransformation ist ein unabschließbarer Prozess. Die AktivistInnen der Anti-Atomkraft-Bewegung können sich nach ihren Erfolgen im deutschsprachigen Raum nicht zurücklehnen. Gerade ist die Europäische Kommission dabei, Atom und Gas als zukunftsfähig und investitionswürdig einzustufen. Politische EU-Strukturen und wirtschaftliche Machtverhältnisse sind zu demokratisieren, damit sie mehr den Interessen der Bürgerinnen und Bürger dienen als den Partialinteressen von machtvollen Wirtschaftsakteuren und Militär.

In funktionierenden Demokratien ist der Konfliktaustrag eingeeht und institutionalisiert. Nach einem stark gewaltsamen Konfliktaustrag - z. B. in Unrechtsregimen oder Bürgerkriegen - ist zwingender Bestandteil der Konfliktbearbeitungs- und Dialogphase die Vergangenheitsbewältigung mit institutionalisierter Transitional Justice (Wahrheits- und Versöhnungskommissionen, Straßerichtbarkeit bei Folter, Kriegsverbrechen, Massenmord) und der Heilung physischer wie psychischer Wunden (Wiederaufbau und materielle Wiedergutmachung, angepasste medizinische und psychotherapeutische Versorgung, Traumatherapien, Überwindung von Feindbildern etc.). Hier ist es besonders wichtig, nach der Konfliktbearbeitungs- und Dialogphase politische und ökonomische Strukturen aufzubauen, die erneuter Gewalt vorbeugen, Konfliktursachen minimieren und soziale Gerechtigkeit unterstützen.

Psychologische Forschung⁴ hat ergeben, dass die Quintessenz „erfolgreichen“ gewaltfreien Handelns in der Gleichwertigkeit und Gleichzeitigkeit der Handlungsmuster „Paroli bieten“ und „Vertrauensaufbau“ besteht:

- Paroli bieten umfasst die Bestimmtheit und die Beharrlichkeit der Widerstandshandlungen.
- Gleichzeitig suchen gewaltfreie Akteure Vertrauen aufzubauen und die Beziehung der Konfliktparteien zu verbessern durch Empathie, Offenheit, Aufzeigen von Gemeinsamkeiten, Ermunterung zum Perspektivwechsel u. .a.

Genau diesem Pfad folgt sowohl die Kampagne Sicherheit neu denken wie auch die Friedensregion Bodensee bei ihrem Bemühen um Abrüstung, Rüstungskonversion, Friedensbildung, der Förderung einer Kultur des Friedens und des Aufbaus von Institutionen ziviler Konflikttransformation.

¹ Abgebildetes Pfad-Diagramm in Anlehnung an Francis, D. (2002). People, Peace and Power: Conflict Transformation in Action. London, S. 49 ff

² Mit ziviler Usurpation ist der Aufbau von Parallelstrukturen gemeint: Das ist der Fall, wenn zivilgesellschaftliche Akteure parallel zu staatlichen eigenen Institutionen aufbauen wie z. B. zivilgesellschaftliche Steuersysteme, Sicherheitskräfte, Schulen, Gesundheitseinrichtungen etc. Insofern kann man in unserem Anti-Atom-Bewegungs-Beispiel nicht wirklich von ziviler Usurpation sprechen, da die Grünen systemkonform durch Wahlen in die Regierungsverantwortung kamen.

³ Ebert, Th. (1981). Gewaltfreier Aufstand: Alternative zum Bürgerkrieg. Waldkirch: Waldkircher Verlagsgesellschaft. Zit. nach Bläsi, B. (2004). Gewaltfreier Widerstand. In: Sommer, G. & Fuchs, A. (Hrsg.). Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. Weinheim: BeltzPUV, S. 416

⁴ Vgl. Bläsi, B. (2001). Konflikttransformation durch Gütekraft: Interpersonale Veränderungsprozesse. Münster: Lit.

Vivienne Waldrapp zwitschert...

Fasnet, Fasching, Karneval- in der „fünften Jahreszeit“ sind auf den Straßen wieder allerlei komische Vögel unterwegs. Und die tragen sogar freiwillig Masken- das gehört wohl bei euch Menschen dazu. Eigentlich seltsam, wo sich doch sonst so viele von euch dauernd beschweren, wie schrecklich das Masketragen sei. Okay, so eine echte geschnitzte alemannische Maske ist kein Vergleich mit einer FFP 2-Maske, obwohl die gibt es ja auch schon längst in bunt! Die eine trägt der Mensch freiwillig stundenlang durch die Straßen, die andere nicht ganz freiwillig im Zuge des Infektionsschutzes, dafür ist die auch nicht so schwer. Aber lasst es euch gesagt sein: Auch das Federvieh leidet unter Epidemien und wird zum Beispiel bei Vogelgrippe rigoros eingesperrt!

Zudem ist mir aufgefallen, dass viele von euch zurzeit auf die Straße gehen, um zu demonstrieren oder „spazieren“ zu gehen (fliegen wäre ja für euch auch nicht gut möglich!) Und manche davon verkleiden sich nicht nur zum Fasching mit Aluhüten oder heften sich knallgelbe Sterne an die Jacke. Diese Gegner der Corona Maßnahmen unter euch Menschen bemühen immer wieder die Nazi-Zeit als Referenz. Pardon, aber wenn das, was ihr in den letzten zwei Jahren erlebt habt, eine Diktatur war, dann habt ihr aber stark nachgelassen in Sachen Unterdrückung, oder nicht?

Sich als Coronamaßnahmegegner mit Sophie Scholl zu vergleichen und das Nazisystem als Vergleich herzunehmen erscheint mir allein angesichts der freien Meinungsäußerung dieser Leute und dem Recht, überhaupt auf die Straße zu gehen- manchmal sogar unter Polizeischutz- doch einigermaßen narrisch zu sein! Es reicht schon, einen Blick auf eure DDR- Vergangenheit zu werfen. Dort waren die Unterdrückungsmechanismen erheblich effektiver als alles, wozu heutige Politiker – abgesehen von denen am rechten Rand – je in der Lage wären umzusetzen. Aber ausgerechnet ostdeutsche „Spaziergänger“ behaupten gern mal vor laufenden Fernsehkameras, das „Coronaregime“ sei „schlimmer als die DDR“. Als ob es kein Bautzen, keine Zwangsadoptionen und keinen Schießbefehl gegeben hätte!

Gegen welche totalitären Freiheitseinschränkungen werden die Narren der Querdenker-Partisanen wohl kämpfen, wenn Corona besiegt sein wird? Den Parkticket-Terror in den Innenstädten? Die Schulpflicht? Den Regen und das Wetter im Allgemeinen? Das faschistische Nacht-Trommel-Verbot? Oder gegen den Paragraphen 183 StGB, der die Erregung öffentlichen Ärgernisses unter Strafe

von Martina Heise

stellt? Denn warum eigentlich sollte man nicht in der U-Bahn onanieren dürfen? Mein Körper, meine Entscheidung!



Foto: HP Walter

Es überrascht mich aus der Vogelperspektive nicht, dass sich unter den Demonstranten viele „ganz normale Bürger“ befinden, die man noch nie auf Demos gesehen hat. Bisher haben sie nie demonstriert, weil sie sich für nix interessieren, außer für sich selbst. Und ihre Fernreise, ihren SUV oder ihre Yogamatte. Nun aber geht es genau darum, um ihr Lieblingsthema: Ich, ich, ich. Sie sollen kurz mal zurückstecken, womöglich zum Wohl anderer? Undenkbar! Und so marschieren- äh spazieren sie neben einem rassistischen, antisemitischen Nazi-Mob – und kämpfen für ihr wohlstandsverwahrlostes Ego. Nazis, Corona-Wutbürger und allerlei komische Vögel werden weiter wahrhaft heldenhaft Widerstand leisten. Gegen eine Kuscheldiktatur, in der die schlimmste Strafe darin besteht, ohne Impfung nicht in die Pizzeria zu dürfen.

Eure  Vivienne



„ohne Titel“
von E.T. Schwimmer
www.friedensatelier.de



Überlegungen zum Koalitionsvertrag unserer Regierung

von Martina Knappert-Hiese

Der Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung beinhaltet erstmals das Bekenntnis zu einer Feminist Foreign Policy bzw. **Feministischen Außenpolitik (FA)**. Was das konkret bedeutet, hat die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit analysiert und zusammengestellt: <https://www.wilpf.de/koalitionsvertrag-2021-2025-statement-der-deutschen-wilpf-sektion-aus-feministischer-und-friedenspolitischer-perspektive/>.



Für künftige Gesetzgebungsverfahren ist es wichtig, Lücken in der deutschen Exportkontrollgesetzgebung zu schließen, wie die Gründung von Tochterfirmen durch deutsche Rüstungsunternehmen oder die Beteiligung an ausländischen Rüstungsfirmen sowie den Technologie- und Knowhow-Transfer insbesondere an Drittstaaten. In einem solchen Gesetz muss auch der Anspruch auf Ausfuhrgenehmigungen für sonstige Rüstungsgüter abgeschafft werden. Genehmigungen für alle Rüstungsgüter sind dann zu versagen, wenn allein schon die Gefahr droht, dass Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht oder interne Repressionen mit diesen Waffen oder Rüstungsgütern unternommen werden. Auch wenn Kriegswaffen oder sonstige Rüstungsgüter im Zielland bewaffnete oder geschlechtsspezifische Gewalt, Terrorismus oder organisierte Kriminalität auslösen oder verschärfen, sind Genehmigungen zu versagen. Es wird ein **struktureller Wandel** benötigt, welcher **bestehende patriarchale und koloniale Machtverhältnisse** in der internationalen Politik **hinterfragt**, diesen entgegenwirkt sowie die **Bedürfnisse von global am stärksten benachteiligten Gruppen** in allen außenpolitischen Entscheidungsprozessen in den **Vordergrund** rückt. Aus unserer Perspektive geht es bei FA darum, den friedenspolitischen Diskurs insgesamt zu unterstützen und auf das gesellschaftspolitische Narrativ einzuwirken. Das kann gelingen, wenn wir uns im Sinne eines dialektischen Zugangs auf bestimmte Themen einlassen und sowohl Pro- als auch Contra-Argumente diskutieren. Eine FA bedeutet konsequente Abrüstungspolitik und kann nicht auf erhöhten Verteidigungsausgaben, Rüstungsexporten und der Stationierung von US-amerikanischen Atomwaffen in Deutschland basieren.

Im Bereich der **Rüstungsausgaben** ist positiv zu vermerken, dass Gelder sowohl für internationales Handeln und Diplomatie zur Verfügung gestellt werden, aber eben auch zur Anschaffung neuer

Rüstungsgüter. Die Bundesregierung strebt insofern eine Investition von 3% des BIP für "internationales Handeln" an, was die Bereiche Diplomatie und Entwicklungspolitik einschließt. Damit scheint am 2%-Ziel der NATO festgehalten zu werden, was zu kritisieren ist. Denn durch die Finanzierung entwicklungs-politischer und diplomatischer Ziele aus demselben Topf wie das NATO-Budget findet eine Vermischung der Aufgabenfelder statt und es ist zu befürchten, dass Militarisierung weiter normalisiert wird und Verteidigungsausgaben zu Gunsten der NATO steigen. Demgegenüber ist zu befürworten, dass der Koalitionsvertrag vorsieht, Soldat*innen unter 18 Jahren nicht an der Waffe auszubilden.

Zu kritisieren sei zudem, dass sowohl bewaffnete Drohnen als auch ein neues Trägerflugzeug für Atomwaffen angeschafft werden sollen. **Rüstungsexporte** müssen unbedingt stärker kontrolliert werden, wobei abzuwarten gelte, was das geplante Rüstungsexportkontrollgesetz konkret beinhalten und ermöglichen und ob es zudem hinreichend geschlechtersensibel formuliert werde. Darunter sind notwendige Vereinbarungen zu verstehen, die die Belange von Frauen und ihrem weiblichen Körper im Besonderen zu berücksichtigen haben. Dabei ist unstrittig, dass stattdessen ein Rüstungsexportstopp in alle Zielländer friedenspolitisch weitaus besser wäre!

Um das im Koalitionsvertrag aufgenommene Ziel **Atomwaffen-Freiheit** definitiv erreichen zu können, ist ein Beobachterstatus Deutschlands bei der bevorstehenden Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags (AVV) notwendig. Darüber hinaus müssen konkrete Abrüstungsbemühungen folgen: der Abzug der in Deutschland stationierten US-amerikanischen Atomwaffen sowie der vollwertige Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag durch seine Ratifizierung. Fatalerweise wird am Konzept der Nuklearen Abschreckung festgehalten und die humanitären, ökologischen und geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Atomwaffen werden weitgehend ignoriert. Der Abzug der Atomwaffen aus Büchel scheint nicht vorgesehen zu sein. Schwerpunkt in der zukünftigen Außenpolitik ist die **Klimagerechtigkeit**, wobei CO₂-Emissionen der Bundeswehr und der Rüstungsproduktion jedoch vernachlässigt werden. Klimagerechtigkeit lässt sich allerdings nur mit einer umfassenden Demilitarisierung, Denuklearisierung und Dekarbonisierung erreichen.



Wolfgang Kaleck:

Die konkrete Utopie der Menschenrechte

Rezension von Benjamin Hiese

„Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet, [...] verkündet die Generalversammlung diese Allgemeine Erklärung der Menschenrechte [...]“. So steht es in der Präambel in der im Jahre 1948 von den Vereinten Nationen beschlossenen Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Und wenn dem so ist, folgt aus der Binsenweisheit, dass weder Freiheit, Gerechtigkeit noch Frieden in der Welt herrschen, zugleich, dass die Grundlage noch nicht verwirklicht, die angeborene Würde und die gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen noch nicht anerkannt sind. Diese Erkenntnis sollte aber nicht zu einer Resignation vor den Ungerechtigkeiten der Welt verleiten, wenn man sich einmal vergegenwärtigt, dass Menschenrechte eine Doppeldeutigkeit beinhalten: Denn einerseits beanspruchen sie als rechtliche Normen unmittelbare Verwirklichung, aber andererseits beschreiben sie einen Zustand, den es erst zu verwirklichen gilt. In seinem Essay „Die konkrete Utopie der Menschenrechte – Ein Blick zurück in die Zukunft“ geht es dem Autor Wolfgang Kaleck (u.A. juristischer Beistand Edward Snowdens in Deutschland und Gründer des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)) daher um „einen produktiven Umgang mit den Ambivalenzen und Widersprüchen dieser Welt, namentlich dem Kontrast zwischen der ‚Unendlichkeit der Gerechtigkeit‘ [...] und dem Erkämpfen von Rechten im Hier und Jetzt“ (S.13).

Ausgangspunkt von Kalecks Essay ist dabei das von dem Philosophen Ernst Bloch entwickelte Konzept der „konkreten Utopie“. Eine konkrete Utopie solle die Möglichkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen aufzeigen und unterscheide sich dadurch von abstrakten Utopien: „Konkrete Utopie, das meint also eine in die Zukunft weisende Denkstruktur – unter Zurückweisung des gegenwärtig Falschen, mit einer begründeten Kritik an gegenwärtigen Verhältnissen, geschichtliche Erfahrungen nutzend, in die Zukunft denkend“ (S. 31).

Getreu diesem Motto, widmet sich Kaleck daher zunächst dem historischen Kontext der Menschenrechte. Er umreist ihre Geschichte von der Geburtsstunde in den Vereinigten Staaten 1776 und in der Französischen Revolution von 1789 bis zur globalen Übereinkunft im Jahre 1948 „als Reaktion auf die ‚Akte der Barba-

rei‘ des Nationalsozialismus“ (S. 36). Besonders hervorzuheben ist dabei, dass der Autor im Gegensatz zu bisherigen Erzählungen das Augenmerk auf bislang wenig beachtete Akteur*innen

aus dem globalen Süden legt. Oder haben Sie gewusst, dass sich haitianische Sklav*innen „inspiriert von den revolutionären Ereignissen in Frankreich und deren Prinzipien“ (S. 25) auf ihre Gleichberechtigung beriefen, die französische Armee besiegen konnten und sich schließlich 1804 für unabhängig erklärten und mit Haiti den ersten unabhängigen Staat Latein- und Mittelamerikas Wirklichkeit werden ließen? Diese Sichtweise zieht sich gleichsam als roter Faden durch den gesamten Text.

Wolfgang Kalecks Text richtet sich dabei keineswegs nur an juristisch Gebildete, sondern ist allgemein verständlich, da er den Versuch unternimmt, „das große Ganze“ in den Blick zu nehmen (S. 48). Dies umfasst sowohl das Aufzeigen von Menschen und Organisationen, die mit intellektueller Kritik und aktivistischen Mitteln für eine gerechte und freiheitliche Welt kämpfen, als auch notwendige Kritik an der bisherigen Menschenrechtsarbeit. Denn die Berufung auf Menschenrechte stellt keineswegs eine einzige Erfolgsgeschichte dar. Nicht selten standen „die Menschenrechte nur auf dem Papier“, da sie „für sich genommen nicht die Wirkmacht hatten, die Welt zu verändern“ (S. 74). Hinzu komme, dass Menschenrechte für verschiedenste Interessen instrumentalisiert werden könnten und es nicht selten nur vordergründig um die Verwirklichung universeller Menschenrechte gehe. So schreibt Kaleck: „Zudem beriefen sich die USA und die NATO ab den 1990er Jahren bei den Angriffen auf Jugoslawien, den Irak und Libyen auf das Konzept der humanitären Intervention, das in seinem Begründungsmustern den Kolonialismus und Imperialismus legitimierenden, vorgeblich zivilisierenden Missionen ähnelte. Damit standen für viele Zeitgenoss*innen die Menschenrechte nicht mehr für revolutionäre Ideale, sondern für eine bigotte Politik und Militärschläge des Westens“ (S. 77). Aber auch vermeintliche Leuchttürme wie Amnesty International gelte es zu kritisieren: „Die Organisation zielte darauf, die Substanz der Politik, das Politische schlechthin zu moralisieren und nicht darauf, die Verhältnisse, die zu Menschenrechtsverletzungen führten, grundsätzlich in Frage zu stellen oder gar umstürzen zu wollen. Dieser Ansatz ist





zugleich Grund für die Erfolgsgeschichte der Organisation wie für das Dilemma, unter dem sie bis heute leidet“ (S. 79). Aber gleichwohl findet der Autor genügend Beispiele, die Grund zur Hoffnung geben: die Frauen- oder Bürgerrechtsbewegung in den USA, die sich immer auch juristischer Mittel bedienten, die Verhaftung des chilenischen Ex-Diktators Augusto Pinochet am 16. Oktober 1998 in London als Erfolg der transnationalen Menschenrechtsjustiz, oder das Verfahren gegen den ehemaligen US-amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. Gerade das letzte Beispiel zeige zudem eine weitere Besonderheit der Menschenrechtsarbeit, die Möglichkeit des „success without victory“. Denn auch wenn die Versuche der gerichtlichen Durchsetzung der Menschenrechte nicht selten scheitern, würden diese Prozesse „rechtswissenschaftliche und öffentliche Debatten“ anregen und „weltweite Aufmerksamkeit“ auf sich ziehen (S. 104). Folgerichtig fasst Kaleck daher zusammen: „Auf rechtliche Wege alleine sollten sich diejenigen, die sich für die Menschenrechte [...] einsetzen, daher nicht verlassen; es bedarf immer auch politischer Prozesse, um den Menschen zu ihrem Recht zu verhelfen“ (S. 134). Was das Buch für alle Friedensbewegte besonders interessant macht, ist die Bezugnahme des Autors auf die Idee des „Possibilismus“, die sich ohne weiteres auch auf die Friedensbewegung übertragen lässt: „Das Augenmerk sei darauf zu richten, was möglich (possible) sei, auf das vielleicht Machbare und nicht darauf, was wahrscheinlich sei. Wenn Menschen glaubten, die Situation sei hoffnungslos, seien sie nicht mehr in der Lage, für Verbesserungen zu kämpfen. Es müssen also die Grenzen dessen, was als möglich wahrgenommen wird, ausgeweitet werden. Der Possibilismus ist wichtig, weil Menschen, die an Veränderungen glauben, Möglichkeitsräume öffnen können und – manchmal – Mögliches real werden lassen“ (S. 142).

Zum Ende des Essays nimmt Kaleck dann noch einmal Bezug auf das große Ganze, indem er der Kunst und Kultur einen wesentlichen Beitrag bei der Verwirklichung gesellschaftlicher Veränderungen beimisst. So habe es häufig erst die weit verstandene Kunst vermocht, bestimmte Debatten in die Weltöffentlichkeit zu drängen. Beispielhaft seien etwa die Bilder der neunjährigen, nackten Phan Thi Kim Phuc, die nach einem Napalmangriff weinend aus ihrem Dorf rennt, des Fotografen Nick Út genannt, die den Referenzpunkt der Debatten über den Krieg der USA im Vietnam darstellten.

Das Essay kann in jedem Fall einer breiten Leserschaft empfohlen werden. Es ist hilfreich als Einstieg in die Thematik der Menschenrechtsarbeit, aber gibt auch Vorgebildeten einen guten Überblick über die jüngste Entwicklungen auf diesem Gebiet und Ausblick auf möglicherweise Kommendes (bezüglich beider Themenfelder sei auch auf die Literaturhinweise am Ende des Buches verwie-

sen). Aber auch alle, die ganz einfach Lust haben, sich mit einigen anregenden Gedanken zur aktuellen Situation globaler Rechte auseinanderzusetzen und dabei den Willen mitbringen, sich selbst zu hinterfragen und bereit sind, von einer Einteilung in Gut und Böse Abstand zu nehmen, werden mit dem Essay ihre Freude haben. Um noch einmal Wolfgang Kaleck sprechen zu lassen: „Im Gefängnis des Alltäglichen heben wir zu selten den Blick, blenden zu selten von der Naheinstellung in die Ferne und zurück, hinterfragen uns selbst und alles andere nicht oft genug. Fehlt uns die Zeit, die Souveränität, all die Widersprüche und Ambivalenzen des Lebens und der Menschenrechte auszuhalten? Ich weiß diese Frage noch nicht einmal für mich selbst zu beantworten – und nehme erst einmal nur den niedrigsten Standard in Anspruch: Ich bemühe mich“ (S. 165).

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte für junge Menschen

von Cai Schmitz-Weicht und Ka Schmitz

Im letzten Herbst ist ein bebildertes Buch erschienen, das Kindern das Thema der Menschenrechte passend erklärt. Im Klappentext heißt es: In diesem Buch, das die Autorinnen zusammen mit Amnesty International entwickelt haben, werden die dreißig Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für Kinder verständlich formuliert und mit vielen Beispielen verbildlicht:



Vor dem Recht sind die Menschen gleich, und so kann auch ein König von der Polizei angehalten werden, wenn er zu schnell gefahren ist, und alle Menschen haben ein Recht auf Eigentum, weshalb auch niemand einem Kind seinen Teddy wegnehmen darf ...

Da alle Menschen die gleichen Rechte auch unabhängig von den besonderen Umständen haben, in denen sie leben, sind in diesem Buch viele unterschiedliche Menschen vertreten, Mädchen und Jungen, Frau-und-Mann-Eltern, gleichgeschlechtliche Paare, Alte und Junge, Schwarze und Weiße, Menschen mit und ohne Behinderung, Transmenschen ... Kinder werden sich freuen zu lesen, dass auch sie ein Recht auf ein Privatleben mit ihren eigenen Geheimnissen haben oder ein Recht auf Freizeit und Erholung von der Schule ...



„Wie geht Frieden?“

Tagung vom 5. bis 7. Mai 2022 in Weingarten

Frieden und Entwicklung sind neben der Klimakrise die großen globalen Herausforderungen. Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik und ohne nachhaltigen Frieden bleiben Entwicklungsanstrengungen wirkungslos. Denn „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ (Willy Brandt).

„Wie geht Frieden?“ Dieser Frage wird in der gleichnamigen Tagung am 5. und 6. März 2022 in Weingarten nachgegangen. Hier werden Zusammenhänge zwischen Frieden, Sicherheit und Entwicklung in Wissenschaft und Praxis diskutiert sowie ihre Umsetzung im Bereich der Bildung thematisiert. Auf dem öffentlichen Markt der Möglichkeiten mit Rahmenprogramm am Samstag, den 7. Mai werden konkrete und umsetzbare Ansätze, Projekte und Mitmachangebote vorgestellt.

Veranstalter sind die Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, das Forschungszentrum für Bildungsinnovation und Professionalisierung der Pädagogischen Hochschule Weingarten und Engagement Global, Außenstelle Stuttgart. Der Friedensmarkt findet statt in Kooperation mit Friedensregion Bodensee e.V. und der agenda Eine Welt Ravensburg.

Infos unter:

E-Mail: internationale-beziehungen@akademie-rs.de und www.friedensregion-bodensee.de/aktuelles/

„Wie geht Frieden?“ - Dieser Frage stellen wir uns im Rahmen einer dreitägigen Fachtagung. Wir blicken auf die Zusammenhänge zwischen Frieden, Sicherheit und Entwicklung. Denn Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik und ohne nachhaltigen Frieden sind alle Entwicklungsanstrengungen sinnlos.

Wir betrachten und diskutieren verschiedene Perspektiven, wollen Menschen zusammenbringen und konkrete Initiativen und praktische Handlungsmöglichkeiten kennenlernen. Daher mündet die Tagung in einen großen, öffentlichen Friedensmarkt.

EINLADUNG ZUR AKTIVEN BETEILIGUNG AM MARKT DER MÖGLICHKEITEN MIT RAHMENPROGRAMM FÜR INITIATIVEN DER REGION

Sie haben verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung:

- * klassisch mit einem Stand
- * Workshop (30 oder 60 minütig)
- * Redebeitrag Speakers Corner
- * Bastelaktionen für die jüngsten Teilnehmer*innen
- * Videoworkshop für Jugendliche
- * ...

Die Themen sind vielfältig. Im Sinne der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) reichen sie von Klimagerechtigkeit, Eine-Welt-Arbeit, Menschenrechte, bis hin zu Frieden und ziviler Konfliktlösung.

Bereits zugesagt sind: Workshop zur Gewaltfreien Kommunikation, Führung durch die Ausstellung FRIEDENSKLIMA!, entwicklungspolitisches Planspiel, Workshop zum Guten Leben/Buen Vivir.

WIR FREUEN UNS AUF EURE/IHRE TEILNAHME, IDEEN, AKTIONEN UND WORKSHOPANGEBOTE!

FRIEDENSMARKT SAMSTAG, 07. MAI 2022 10-14UHR

in den weitläufigen Räumlichkeiten der Akademie Weingarten, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten

Bitte beachten Sie die auf dem Gelände der Akademie geltenden Corona Regeln.



weitere Infos unter der E-Mail: internationale-beziehungen@akademie-rs.de





Aktuelles

► Als einen der wichtigsten Intellektuellen unseres Planeten bezeichnete die New York Times den Linguisten **Noam Chomsky** schon 1979. Inzwischen ist er 93 Jahre alt und hat nichts von seinen Analysefähigkeiten verloren, ist noch immer einer der bedeutendsten Kritiker gegenwärtiger Politik. Er kritisiert und analysiert in seinen Werken häufig die **Verteilung von Macht und Geld, den Neoliberalismus, die US-Außenpolitik, künstliche Intelligenz und die globale Klimapolitik**. Er gilt als Anarchist, aber nicht im Sinne eines Befürworters von Chaos und fehlender gesellschaftlicher Ordnung, sondern in Bezug auf die Befreiung der Menschen von wirtschaftlicher Unterdrückung und Abhängigkeit. Lesen Sie das aktuelle Interview, in dem er sich auch über **Donald Trump** geäußert hat: https://www.jetzt.de/politik/noam-chomsky-im-interview-ueber-donald-trump-und-klassenkampf?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

► Seit 16.01. läuft in deutschen Kinos der bewegende Musikfilm **CRESCENDO** (#MAKEMUSICNOTWAR). Im Rahmen von Friedensverhandlungen zwischen **Diplomaten aus Israel und Palästina** soll in Südtirol ein Konzert eines Jugendorchesters junger Palästinenser und Israelis unter massiven Sicherheitsvorkehrungen stattfinden. Die **Jugendlichen** wollen die Friedensbemühungen, die in ihrem Mikrokosmos bereits geerntet haben, nicht aufgeben und sehen nach und nach im gemeinsamen Zueinanderfinden und **Musizieren** einen ersten Weg zur Überbrückung von Hass, Intoleranz und Terror. Hat die Musik die Kraft, trotz der vielen Herausforderungen und Hindernisse Brücken zwischen den jungen Menschen verschiedener Religionen und verhasster Nationalitäten zu bauen? Der Film ist auch als Blu-ray, DVD und CD erhältlich. Weitere Infos finden sie auf folgendem Link: <https://www.crescendofilm.de/>

► Was das Regierungshandeln der Koalition betrifft, so ist Mitte Januar ein lesenswertes Interview mit dem SPD-Fraktionschef Mützenich erschienen, der friedenspolitisch bemerkenswerte Ansichten vertritt. Hier nachzulesen: <https://taz.de/SPD-Fraktionschef-ueber-russische-Aengste/!5825219/> Und was die Grünen in ihrer Regierungsverantwortung zu tun gedenken, lesen Sie hier: <https://www.gruene.de/themen/frieden-und-menschenrechte>

► Dass **Albert Einstein** zu den bedeutendsten Wissenschaftlern unserer Epoche gehört, wissen wohl die meisten Anhänger*innen der Friedensbewegung. Von großem Interesse ist ein Interview, das er bereits 6 Jahre vor seinem Tod gegeben hat, aber auch für uns heute noch große Aktualität besitzt: <https://www.infosperber.ch/gesellschaft/einkommen-vermoegen/albert-einstein-mehr-verantwortungsgefuehl-fuer-die-mitmenschen/>

► Das **Totalversagen der nationalen und internationalen Politik** lässt sich nirgends besser nachverfolgen als in **Afghanistan**. Auf folgenden lesenswerten und informativen Artikel möchten wir daher unbedingt hinweisen: <https://www.heise.de/-6307683>. Zudem erhalten Sie den folgenden Link mit Berichten und Erklärungen zum Ende des Afghanistankrieges: <https://www.kultur-des-friedens.de/afghanistankonferenz/dokumentation.html>

► Das Interview der *jungen welt* mit dem pensionierten Gymnasiallehrer Hagen Battran – engagiert im Netzwerk Friedensbildung – verdeutlicht einmal mehr, dass die **schulpolitischen Entwicklungen** der letzten Jahrzehnte wenig dazu beigetragen haben, Schüler*innen wichtige friedenspolitische Inhalte zu vermitteln, um sie zu einem kritischen Umgang mit Feindbildern, Kriegsrhetorik, Waffenexporten und verwandten Themen zu befähigen: <https://www.jungewelt.de/artikel/419057.linke-lehrkraefte-mit-dem-kosovo-krieg-wurden-die-spielraeume-kleiner.html>

► Am 22.01. hatte die erfolgte **Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages (AVV) ihr 1-jähriges Jubiläum**, was bedeutet, dass Herstellung, Erforschung und Weiterentwicklung dieser Massenvernichtungswaffen völkerrechtlich verboten sind. Wir dürfen zudem nicht vergessen, dass sich die Ziele der Friedensbewegung erst dann erreichen lassen, wenn es der Weltgemeinschaft im Sinne einer verbindlichen Weltinnenpolitik gelingt, sich auf eine gemeinsame Rechtsgrundlage zu einigen, die unser aller Überleben sichern kann. Weil sie nämlich beinhalten müsste, mit welchen konkreten Schritten wir den CO2-Ausstoß eindämmen wollen. Die wichtigen Fakten zum AVV können Sie auf folgenden Links nochmals nachlesen: <https://www.icanw.de/grunde-fur-ein-verbot/verbotsvertrag/>, <https://www.friedenskooperative.de/jahrestag-atomwaffenverbot-2022> und ausführlich bei Wikipedia: <https://de.wikipedia.org/wiki/Atomwaffenverbotsvertrag>



© Birte Wibel Frauennetzwerk für Frieden e.V.



► Die **Konfrontation mit Russland** nimmt immer dramatischere Züge an. Wer sich über die Situation in diesem Land informieren möchte, dem empfehlen wir den folgenden Artikel der bekannten Journalistin und Russlandkennerin **Gabriele Krone-Schmalz**: <https://www.infosperber.ch/gesellschaft/uebriges-gesellschaft/respektvoll-streiten-vorschlaege-fuer-ein-zerrissenes-land/>

Zudem wurde von **Andreas Zumach** aktuell ein äußerst lesenswerter Beitrag für eine militärische und wirtschaftliche Entspannung zwischen der NATO und Russland veröffentlicht: <https://www.infosperber.ch/politik/russland-hat-im-baltikum-und-in-polen-keine-expansionsabsicht/>

Und auch auf dem **Infoportal Frieden Links** finden Sie eine aktuelle Übersicht zur drohenden Konfrontation der NATO mit Russland: <https://frieden-links.de/2022/01/kein-krieg-mit-russland-nato-in-ihre-schranken-weisen-sicherheit-in-europa-ist-moeglich/>

Der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland ist nicht nur in den Medien allgegenwärtig, sondern fordert die Aufmerksamkeit aller friedensbewegten Menschen. Andreas Zumach hat sich dazu mit einem lesenswerten Beitrag in der taz geäußert. <https://taz.de/Ukraine-Krise/!5817255/>

Mit dem Autor wird am 21.02. um 19h vom **Friedensbüro Salzburg** eine **Zoom-Veranstaltung** angeboten, an der Sie ohne Anmeldung teilnehmen können: <https://us06web.zoom.us/j/3844801812?pwd=NTB3R1VDemQwekFtRjZyVXFEBFFJZz09#success>

Zudem möchten wir ausdrücklich den Artikel des früheren **UN-Diplomaten Michael von Schulenburg** zur Lektüre empfehlen: <https://wsimag.com/de/wirtschaft-und-politik/68460-der-jetzig-ukraine-konflikt> Er nimmt wesentliche Argumente des Szenarios „Sicherheit neu denken“ auf, weshalb wir den **Konflikt auch als Chance** verstehen sollten, an dem möglicherweise erstmals deutlich exemplifiziert wird, wie kriegsartige Auseinandersetzungen als Win-Win-Lösungen beendet werden können. Auch Dr. Martina Fischer äußert sich für „Brot für die Welt“ in ähnlicher Weise: <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2022-sicherheit-braucht-diplomatie-und-kooperation/>

Bitte beteiligen Sie sich an der Unterschriftenaktion „Verhandeln statt Schießen“ des Netzwerks Friedenskooperative: <https://www.friedenskooperative.de/gemeinsame-sicherheit-mit-russland>

► In der heute-show hat **Oliver Welke** sich auf Seiten der Ukraine positioniert, die aus Sicht von Hagen Battran mit gutem politischen Kabarett nichts mehr zu tun hat. Lesen Sie dazu die Stellungnahme von **Hagen Battran**, der sich im Netzwerk Friedenspolitik engagiert: „Mit Ihrem unsäglichen Beitrag zum Ukraine-Konflikt haben Sie in meinen Augen jeden Anspruch, als politischer Kabarettist ernst genommen zu werden, verwirkt. Die herrschende Meinung kritisch gegen den Strich zu bürsten halte ich für die Grundaufgabe der Männer und Frauen, die mittels dieser Kunstform den wachen

Bürger*innen mit Alternativen zum Mainstream die Möglichkeit eröffnen sollen, zu einem reflektierten eigenen Standpunkt zu kommen. Mit penetrantem Putin-Bashing, so als sei dieser die Inkarnation des Bösen oder/und des Dummen, einem nicht weniger unseriösen Bashing von Kanzler Scholz und seiner Regierung und dem Verschweigen all dessen, was das ukrainische Regime mit seiner Bandera-Verherrlichung und seiner hysterisch antirussischen Politik seit 2014 zur jetzigen gefährlichen Politik beiträgt, mit der Unterdrückung der Myriaden von Hinweisen, dass die Dauermanöver der NATO an den russischen Grenzen es für Moskau unabdingbar machen, diese Grenzen militärisch zu schützen, sind Sie zu einem der unzähligen Propagandalautsprecher geworden, die die deutsche Bevölkerung an Kriegsabenteuer, jetzt schon in Europa, heranführen sollen. Sollen der Militarismus vor 1914, vor 1939 und seine verheerenden Folgen vergessen gemacht werden?“

► Bitte beteiligen Sie sich auch an der Aktion **„Kein grünes Licht für Kampfdrohnen!“** des Netzwerks Friedenskooperative, das sich gegen die Anschaffung automatisierter Waffensysteme wendet: <https://www.lobbying4peace.de>

► Falls Sie noch ein sinnvolles Geschenk suchen, könnten Sie diesen informativen Kalender bestellen: <https://www.solidarwerkstatt.at/medien/buecher-materialien/friedenskalender-2022-einzigartig>

► Der Internationale Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten (englisch Red Hand Day) ist ein jährlich am 12. Februar begangener internationaler Gedenktag, mit dem an das Schicksal von Kindern erinnert werden soll, die zum Kampfeinsatz in Kriegen und bewaffneten Konflikten gezwungen werden. Ziel des Tages ist der

Aufruf zu einem verstärkten Einsatz im Kampf gegen diese besonders schwerwiegende Form des Kindesmissbrauchs. Beispiele für den massiven Einsatz von Kindersoldaten finden sich in aktuellen Konflikten im Kongo oder in Ruanda. Im Rahmen unserer Ausstellung FRIEDENSKLIMA! weisen wir auf die wenig bekannte Tragik hin. Weitere Informationen unter <https://www.tdh.de/was-wir-tun/themen-a-z/kindersoldaten/> und <https://www.frieden-fragen.de/entdecken/kindersoldaten/was-sind-kindersoldaten.html>





Termine 2022 regional und überregional

24. Februar - 8. April

FRIEDENSKLIMA Ausstellung

im Valentin-Haider-Gymnasium Lindau

30. März

Ukraine – der neue Krieg? Vortrag von Andreas Zumach.
Bunte Liste, LINKE, FRB. in Lindau

31. März

Ukraine – der neue Krieg? Vortrag von Andreas Zumach.
VHS und SEEMOZ. Konstanz

18. April Ostermontag

Internationaler Bodensee-Friedensweg:
ES GEHT UMS GANZE! Klima . Gerechtigkeit . Frieden
Bregenz

5. - 7. Mai

Friedenstag „wie geht Frieden?“ Akademie der Diözese
Rottenburg-Stuttgart, des Forschungszentrum für Bildungsinnovation und Professionalisierung der Pädagogischen Hochschule Weingarten und Engagement Global, Außenstelle Stuttgart.

Friedensmarkt am 7.5.22 mit Friedensregion Bodensee und agenda Eine Welt Ravensburg

26. Mai

Einweihung der Friedenslinde in Überlingen

28. Mai

SUFO-Tag St. Gallen,
Sozial- und Umweltforum Ostschweiz

8. Juli

Flaggentag der Mayors for Peace Lindau
mit friedens räume Lindau

6. und 9. August

Hiroshima und Nagasaki-Tage in Überlingen, Radolfzell

17. September

UNO-Weltfriedenstag in St.Gallen

21. September

UNO-Weltfriedenstag friedens räume und Friedensregion in Lindau

Monatliche Termine 2022

des AK Friedensregion Bodensee

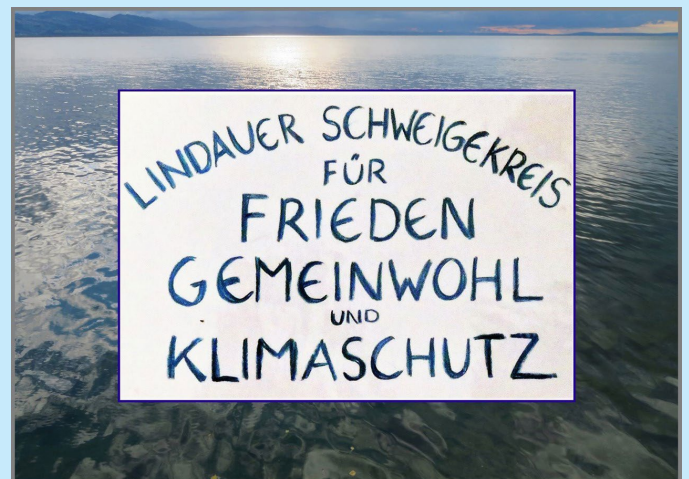
14.3., 11.4., 9.5. MV, 13.6., 11.7., Sa 13.8. Ausflug, 12.9., 10.10., 14.11., 12.12.22

in Überlingen, Paul-Gerhardt-Haus, Jasminweg 19,
Beginn um 18 Uhr.

Gäste und Interessent*innen sind willkommen -
bitte bei christian.s.harms@gmx.de anmelden

Schweigekreis für Klimaschutz, Frieden und Gerechtigkeit in Lindau:

jeden Freitag von 17 - 17.30 Uhr vor dem Alten Rathaus.
Teilnahme für jede*n möglich.



Die FRIEDENSBEWEGUNG am BODENSEE





Friedens- und Kriegstage im Verlauf des Jahres

1. Januar	Weltfriedenstag der Kirchen
27. Januar	Holocaust Gedenktag (Befreiung des KZ Auschwitz 1945)
12. Februar	red hand day (gegen Kindersoldaten)
8. März	Welt-Frauentag
11. März	2011 Reaktorkatastrophe Fukushima und Gedenktag der Opfer des Terrorismus
4. April	1968 Ermordung Martin Luther King, geb. 15.1.29
22. April	Earth Day (earthday.de)
26. April	1986 Reaktorkatastrophe Tschernobyl
Ostern	Ostermärsche und Friedenswege
4. Mai 22	Erderschöpfungstag/Earth Overshoot Day in Deutschland (global 1971 am 21.12., 2000 am 1.11., 2010 am 21.8., 2019 bereits am 29.7.)
8. Mai	1945 Ende des 2. Weltkrieges
15. Mai	Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerer
29. Mai	Tag der UN-Friedenssicherungskräfte
17. Juni	1953 Volksaufstand in der DDR
20. Juni	Weltflüchtlingstag
8. Juli	Flaggentag der "Mayors for Peace"
16. Juli	1945 Trinity-Test: Zünden der 1. amerik. Atombombe
6. August	1945 US-Atombombenabwurf auf Hiroshima
9. August	1945 US-Atombombenabwurf auf Nagasaki
29. August	Internationaler Tag gegen Nuklearversuche, UN seit 2009
1. September	Weltfriedenstag/Antikriegstag des DGB seit 1957/1966; 1939 Beginn des 2. Weltkrieges
21. September	Internationaler Tag des Friedens der UNO seit 1981 und seit 2004 der Kirchen
26. September	Internationaler Tag zur Abschaffung aller Atomwaffen (Nuclear Abolition Day)
2. Oktober	Internationaler Tag der Gewaltlosigkeit der Vereinten Nationen
2. Oktober	1869 Geburtstag von Mahatma Gandhi, 30.1.1948 ermordet
3. Oktober	1990 gewaltlose Wiedervereinigung BRD
24. Oktober	1990 letzter sowjetischer Atomtest
9. November	1938 Reichspogromnacht; 1989 Fall der Mauer
11. November	1918 Ende des 1. Weltkrieges
21. November	1990 Charta von Paris für ein neues Europa
10. Dezember	Tag der Menschenrechte
12. Dezember	2015: 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals SDGs) in Paris



Impressum

Der Newsletter wird herausgegeben von der Friedensregion Bodensee e.V.,
Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese M.A.
Altmannweg 8, 88079 Kressbronn, Telefon: 07543/547343

-  Internet: www.friedensregion-bodensee.de
-  E-Mail: friedensregion.bodensee@gmail.com
-  Facebook: www.facebook.com/groups/1375301249210262/
-  Instagram: www.instagram.com/friedensregionbodensee/

Wenn Sie den Newsletter abbestellen möchten, schicken Sie uns bitte eine Mail an die oben angegebene Adresse.

Anregungen und Kritik sind gleichermaßen willkommen.

Wir verweisen auf die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf unserer Homepage. Ihre Mailadresse verwenden wir ausschließlich zum internen Gebrauch.

Gestaltung: Andrea Künst, info@mediashape.de

Fotos: Die Rechte aller Fotos im Newsletter liegen – soweit nicht anders angegeben – bei der Friedensregion Bodensee.

Unsere Vereinsarbeit steht zwar noch auf soliden Finanzfüßen, doch wachsende Aufgaben benötigen konsequenterweise eine erweiterte Finanzierung. Friedenspolitik und Friedensbildung als Voraussetzung von Frieden bedürfen notwendigerweise einer soliden Finanzierung. Während es bisher immer noch selbstverständlich erscheint, dass es ein eigenes Ministerium gibt, in der BRD nennt es sich nach dem 2. Weltkrieg "Verteidigungsministerium" mit einem beträchtlichen eigenen Etat, welcher alljährlich unglaubliche Milliardenbeträge erhält, gibt es auf der anderen Seite kein "Ministerium für Frieden und friedliche Zusammenarbeit" oder Ähnliches mit eigenem Etat, aus dem wir uns für unsere Friedensarbeit würden "bedienen" können.

Und so bitten wir Sie herzlich um eine Spende (einmalig) oder um einen regelmäßigen Förderbeitrag, damit wir die Arbeit fortsetzen und ausbauen können.

Im Folgenden unsere Bankverbindung.

IBAN: DE62 4306 0967 8245 8663 00

BIC: GENODEM1GLS.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Selbstverständlich erhalten Sie eine Spendenquittung, da der Verein als gemeinnützig anerkannt ist.

Dem FRB-Vorstand gehören an:

Jürgen Dornis	Vorstand Schatzmeister, Finanzen, Spenden, NL Redaktionsteam
Brigitte Ehrich	Fachbeirätin, AK Friedensbildung, „Sicherheit neu denken“, Moderation und Prozessbegleitung
Frieder Fahrbach	Vorstand, NL Redaktionsteam, FRIEDENSKLIMA, Bodensee-Friedensweg
Christian Harms	Vorstand Schriftführer, Kontakt zu IPPNW
Claus Kittsteiner	Fachbeirat, Militär und Klima, Geflüchtete Lesbos
Martina Knappert-Hiese	Fachbeirätin, Friedensreferentin für Newsletter+ Finanzierung, Netzwerk Friedensbildung, Wirtschaftspolitik
Bernd Wipper	Vorstand, Bodensee-Friedensweg, „Sicherheit neu denken“, Rüstung, Kontakt zu DFG-VK und zu Kirchen

Assoziiert:

Martina Heise Friedensbildungsreferentin, FRIEDENSKLIMA, AK Friedensbildung, ab 2022 Redaktion Newsletter
Hans Steisslinger und Ursula Binzenhöfer

Der **AK Friedensregion** trifft sich i.d.R. am
2. Montag um 18 Uhr mit Rückblick und
Planung unserer Arbeit – Gäste sind immer willkommen
Im kommenden Jahr: 11.4., 9.5. MV, 13.6.,
11.7., Sa 13.8. Jahresausflug, 12.9., 10.10., 14.11., 12.12.22

Wenn Sie Interesse haben,
bei uns mitzuarbeiten,
nehmen Sie bitte Kontakt über
info@friedensregion-bodensee.de mit uns auf.

Frieden ist möglich!